

## Bericht des Gemeinderats

### **Postulat Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP) vom 2. Dezember 2010: Tatort Internet - Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen im Umgang mit Internet (10.000318)**

In der Stadtratssitzung vom 7. Juli 2011 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt.

Seitdem die Medien von mehreren Fällen berichteten, in denen Kinder durch Internetbekanntschaften zum Opfer wurden, ist der Öffentlichkeit bewusst, welche Gefahren für Kinder und Jugendliche in der Benutzung des Internets bestehen. Die Eltern sind in der Regel ohne Internetzugang aufgewachsen und wissen oft nicht, welchen Gefahren ihre Kinder ausgesetzt sind. Das Internet ist eine ideale Plattform für sexuelle Übergriffe, Stalking oder Cyberbullying, d.h. Mobbing per Internet. Chaträume ermöglichen einer pädosexuellen Täterin bzw. einem pädosexuellen Täter, anonym die Tochter oder den Sohn zu kontaktieren.

Die Täterinnen und Täter, die online Kontakte anbahnen, bauen perfide und strategisch eine Beziehung auf. Dies bedeutet, sie gehören nicht länger zu den „Fremden“ (Quelle: Innocence in Danger, [www.innocenceindanger.de](http://www.innocenceindanger.de)). Statistiken zeigen, dass rund 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die in Chatrooms kommunizieren, bereits sexuell belästigt wurden. Das geht von verbaler Anmache bis hin zu sexueller Ausbeutung (Quelle: [www.schaugenau.ch](http://www.schaugenau.ch)).

Die Täterschaft kann unter falscher Identität an persönliche Daten wie z.B. Namen, Wohnadresse, Telefonnummer, Schuladresse des Kindes gelangen oder die Kinder zu intimen Äusserungen bewegen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt damit zu erpressen. Aus verschiedenen Gründen sprechen die Opfer in der Regel nur wenig mit ihren Eltern oder LehrerInnen über solche Fälle. Sie haben Angst, dass die Täterschaft sie aufgrund der preisgegebenen Daten möglicherweise findet oder sie dadurch Nachteile erleiden können. Sie befürchten, aufgrund der negativen Erfahrungen unter anderem das Internet nicht mehr nutzen zu dürfen. Aber auch aus Schamgefühl ziehen die Opfer es vor, den Vorfall zu verschweigen. Besonders gefährlich kann es werden, wenn die Täterschaft das Opfer zu einem persönlichen Treffen überredet. Statistiken belegen, dass sich rund 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen tatsächlich mit den Internetbekanntschaften treffen.

Mit Aufklärung und Prävention können viele Kinder und Jugendliche geschützt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist das Problem längst erkannt worden, weshalb Kinder und Jugendliche in der Schule auf Internetgefahren vorbereitet werden.

Auf Bundesebene bestehen Bestrebungen, die Kinder und Jugendlichen unter anderem beim Umgang mit Medien zu schützen. Der Bundesrat startet zwei Programme zum Kinder- und Jugendschutz. Eines der Programme beschäftigt sich mit dem Bereich Jugendmedienschutz. Es will primär dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Medien auf eine sichere, altersgerechte und verantwortungsvolle Weise nutzen. Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen sollen in ihrer Begleit- und Erziehungsfunktion gestärkt werden. Hierbei sollen ihnen gezielt Informationen und Schulung angeboten werden. Der Bund wird dabei auf die bestehenden Angebote von privaten Organisationen und von Seiten der Medienbranche Bezug nehmen und mit der Wirtschaft, NGO sowie den zuständigen Stellen auf kantonaler und kommunaler Ebene kooperieren. Das Bundesamt für Sozialversicherungen wird die beiden Programme ab 2011 umsetzen. Ihre Laufzeit beträgt fünf Jahre. Nach der Programmlaufzeit werden die Ergebnisse und Wirkungen evaluiert (Quelle:

<http://www.bsv.admin.ch/aktuell/medien/00120/index.html?lang=de&msg-id=3366>).

Auch in der Stadt Bern sollten die Kinder und Jugendlichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Kommunikationsmöglichkeiten im Netz sensibilisiert werden, damit der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch erhöht wird. Es ist beispielsweise denkbar, dass diese Internetgefahr anlässlich eines Besuchs eines Experten bzw. einer Expertin in der Schule z.B. im Fach „Natur Mensch Mitwelt“ (NMM) thematisiert wird oder diese in der Schule anhand von Lehrmaterialien, welche im Internet bei diversen Organisationen angefordert werden können, behandelt wird.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, zu prüfen und zu berichten, ob und wie die Kinder und Jugendlichen in den Schulen sowie die Eltern auf die Gefahren im Internet aufmerksam gemacht werden können.

Bern, 2. Dezember 2010

*Postulat Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP), Giovanna Battagliero, Beat Zobrist, Lea Kusano, Annette Lehmann, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Guglielmo Grossi, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Halua Pinto de Magalhães, Tanja Walliser, Miriam Schwarz, Leyla Gül, Thomas Göttin, Silvia Schoch-Meyer*

### **Bericht des Gemeinderats**

Die Stärkung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler ist eine wichtige schulische Aufgabe. Der Kanton Bern hat aus diesem Grund einen neuen ICT-Lehrplan (ICT = Informations- und Kommunikations-Technologie) eingeführt. Laut diesem sind die Schulen verpflichtet, eigene ICT-Konzepte zu erarbeiten.

In der Stadt Bern wurde dies im Rahmen des Projekts base4kids (Informatik-Plattform Volksschulen Bern) gesamtstädtisch gemacht. Das Projekt hat zum Ziel, die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken, damit sie Stärken und Schwächen wie auch Chancen und Gefahren des Internets kennen lernen und bewusst damit umgehen können. Wichtig sind dabei auch der Einbezug und die Stärkung der Eltern. Sie müssen die gleichen Kompetenzen erreichen, um mit ihren Kindern die Chancen und Gefahren des Internets zu erkennen. Viele Eltern sind sich dieser Aufgabe bewusst. Die Elternräte der Stadt Bern organisieren deshalb Weiterbildungen. Auch an den regelmässigen Gesprächen der Direktion für Bildung, Soziales und Sport mit den Elternratspräsidien ist die Frage der Medienkompetenz verschiedentlich ein Thema. Diese Austauschtreffen werden dafür genutzt, sich gegenseitig auf durchgeführte Projekte und Informationsveranstaltungen hinzuweisen.

Der Gesundheitsdienst der Stadt Bern, die Berner Gesundheit, die kantonale Erziehungsberatung und Contact Netz bieten ausserdem Informationsveranstaltungen unter dem Titel „ElternSorgen“ an. In einem Informationsangebot geht es z.B. um die Medienwirkung und um den Gebrauch der Medien, insbesondere des Fernsehens. Dieses Kursangebot kann von Interessierten jederzeit abgerufen werden.

Bezüglich der Frage, was die Schule in der Stadt Bern gegen die Gefahren im Internet tut, verweist der Gemeinderat auf das oben erwähnte gesamtstädtische Projekt base4kids. Im Rahmen dieses Projekts spielt der pädagogische Umgang mit den neuen Medien eine grosse Rolle. Deshalb wurde gesamtstädtisch ein pädagogisches Konzept für den ICT-Unterricht erstellt. Das Schulamt konnte im Zusammenhang mit base4kids auch eine neue Stelle eines Fachspezialisten/einer Fachspezialistin schaffen. Ausserdem unterstützt das Schulamt die Schulen in der Einführung und Umsetzung der neuen Medien.

Die Entwicklung bei den neuen Medien geht rasant voran und oft können Schülerinnen und Schüler mit der Entwicklung besser Schritt halten als Lehrpersonen. Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur auf der technischen Ebene der Computerfertigkeiten gearbeitet wird, sondern dass bei der Nutzung der neuen Medien (sowohl im Unterricht wie auch für den privaten Gebrauch) den Chancen UND Gefahren des Internets gebührend Rechnung getragen wird.

Mit der Schulinformatikplattform base4kids stellt das Schulamt den Schulen konkrete Umsetzungshilfen für den Unterricht zur Verfügung. Diese basieren auf den kantonalen Lehrplaninhalten zu ICT. Die grundsätzliche Haltung des Lehrplans basiert auf der Integration von ICT in die Lehrplanfächer. Es steht also weniger der Informatikunterricht, sondern der Einsatz von Medien im Sachunterricht (NMM, Mathematik, Deutsch usw.) im Vordergrund. Um Inhalte und Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Gefahren des Internets geht es im Kompetenzbereich „Auseinandersetzen“. Da wird über die Auswirkungen von ICT auf Alltag und Arbeitswelt gesprochen, über den Einfluss auf die Lebensgestaltung oder über den eigenen Umgang mit ICT.

Im pädagogischen Konzept der Stadt Bern werden diese Richtziele auf allen Stufen der Schule altersgemäss aufgenommen und verfeinert:

Unterstufe (1. bis 3. Schuljahr):

ICT-Regeln befolgen; Auswirkungen auf Gesundheit und Freizeitverhalten.

Mittelstufe (4. bis 6. Schuljahr):

Sorgfalt im Umgang mit fremden Daten und Passwörtern; Einfluss auf die Emotionen; Gefahren des Internets einschätzen (Chats, Facebook, etc.).

Sekundarstufe I:

Kritischer Umgang mit der Informationsflut; Einschätzen von Suchresultaten; Schutzmassnahmen gegen Missbräuche und Gefahren (auch Malware, Spam).

Ergänzend dazu bietet die base4kids-Webseite Informationen und Links zu Cyberbullying, SPAM oder Spuren im Internet: <http://www.base4kids.ch/medienkompetenz>. Auf der Website werden auch Empfehlungen für die Facebook-Einstellungen gegeben.

In einer eigens entwickelten Kampagne der Stiftung Kinderschutz Schweiz zum Gebrauch des Internets erhielten die Klassen der Mittelstufe die Möglichkeit, sich im Kampagnenbus netcity.org gezielt mit dem Verhalten im Internet zu beschäftigen.

Schliesslich werden die Lehrpersonen in der Stadt Bern regelmässig vom Schulamt über neue Tendenzen, Gefahren und Chancen des Internets informiert.

## **Fazit**

Es ist eine wichtige Aufgabe der Schule, die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken und ihnen aufzuzeigen, wie wichtig ein sorgfältiger und verantwortungsvoller Umgang mit den neuen Medien ist. Im Internet liegen Chancen und Gefahren. Die Schule muss die Schülerinnen und Schüler befähigen, sorgfältig und verantwortungsvoll damit umzugehen und mögliche Gefahren und Chancen zu erkennen. Grundlage dazu ist der kantonale ICT-Lehrplan, welcher mit dem pädagogischen Konzept im Zusammenhang mit der Informatikplattform base4kids in der Stadt Bern konkretisiert wurde.

Die Stärkung der Medienkompetenzen ist eine schulische Aufgabe, welche in der Stadt Bern fest in den Schulalltag integriert ist. Es ist nicht möglich die Folgen für Personal und Finanzen aus dem Gesamtbudget herauszuziehen und separat auszuweisen.

Bern, 13. Juni 2012

Der Gemeinderat